

Statt Asyl - rigorose Abschiebepolitik

Die rigorose Abschiebepolitik in Bayern trifft auch die jugendlichen Asylbewerber in Kottgeisering. Von den 6 jungen Männern hat bisher nur einer einen festen Aufenthaltsstatus bekommen. Die anderen haben entweder einen ablehnenden Bescheid erhalten oder hoffen noch auf ein Wunder und den damit verbundenen positiven Bescheid.

Dabei ist es für die Behörde völlig unerheblich, dass ein Teil der jungen Männer in einem festen Ausbildungsverhältnis steht und regelmäßig die Berufsschule besucht. Sie werden dabei nach wie vor mit Nachhilfe-Unterricht unterstützt, um die Schule und die Ausbildung gut zu meistern.

An dieser Stelle befand sich ein Foto mit Stempeln:
Asylantrag – abgelehnt.
Dieses Foto darf wegen ungeklärten Lizenzrechts nicht mehr im Internet gezeigt werden!

Es ist sehr schwer diesen jungen Menschen zu erklären, warum sie wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden sollen. Es trifft auf großes Unverständnis z. B. bei afghanischen Asylbewerbern, wenn sie hören, dass Afghanistan ein sicheres Herkunftsland ist, wo doch jede Woche von Anschlägen auf die afghanische Bevölkerung zu lesen und zu hören ist. So bleibt den jugendlichen Asylbewerbern, ihren Betreuern und den ehrenamtlichen Helfer*innen nur zu

hoffen, dass die Einsprüche gegen die Ablehnung der Asylanträge wirklich geprüft werden und wenigstens für die Dauer der Ausbildung ein Aufenthaltsstatus erteilt wird, wie es eigentlich versprochen wurde.

Afghanistan - kein sicheres Herkunftsland

Ende April wurde am Münchner Flughafen wieder gegen eine Massenabschiebung demonstriert. Mit dem Flug sollten abgelehnte Asylbewerber*innen nach Afghanistan abgeschoben werden.

Die Abschiebungen sind seit längerem umstritten, weil sich in Afghanistan der Konflikt zwischen Regierung und den radikalislamischen Taliban verschärft und es landesweit Gefechte und Anschläge gibt. Das zeigt der jüngste Angriff islamistischer Taliban auf eine Militärbasis mit mindestens 300 Toten und Verletzten. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hatte zu der Abschiebung gesagt, die offizielle Bewertung der Sicherheitslage lasse Rückführungen in gesicherte afghanische Provinzen zu. Von Seiten der Vereinten Nationen gibt es keine abschließende Bewertung, welche afghanischen Provinzen sicher oder unsicher sind.

Obwohl sich die politische Lage in Afghanistan nicht verbessert, werden immer weniger Asylanträge von Afghanen genehmigt, die Anerkennungsquote sank in den letzten 2 Jahren von 78 auf 48 Prozent.

Es ist zu vermuten, dass die jetzt angewandte rigorose Abschiebungspraxis eher das Resultat politischer Vorgaben aus dem Innenministerium sind und nicht das Ergebnis einer sorgfältigen rechtlichen Prüfung der Einzelfälle. Wir meinen, es ist schäbig, aus politischem Opportunismus vor rechtem Populismus für Stimmen vom rechten Rand das Asylrecht immer weiter auszuhebeln.

Einzelfallprüfung ade?

"Eigentlich würde ich den Menschen über deren Schicksal ich entscheide gern in die Augen gucken."

So zitiert die ZEIT vom 27.4.17 einen Entscheider im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF).

Unternehmensberater haben jetzt das Bundesamt auf Effizienz getrimmt. Die Leidtragenden sind Flüchtlinge und Gerichte. So führt eine Trennung von Anhörung und Entscheidung dazu, dass die Entscheider*innen die Asylsuchenden nicht einmal zu Gesicht bekommen, sondern allein aufgrund von Protokollen nach Aktenlage entscheiden. Ziel ist es, den Berg von Asylanträgen bis Ende Mai abzuarbeiten. So wurde allein 2016 über mehr als 700 000 Anträge zügig entschieden. Das geht aber nicht immer mit rechten Dingen zu. So klagen laut ZEIT Asylanwält*innen und Richter*innen über "oberflächliche Anhörungen" und "erschütternd schlechte Übersetzungen". Sie berichten von Flüchtlingen, die laut Gesetz niemals hätten abgelehnt werden dürfen. Robert Seegmüller, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter sagte der ZEIT: "Wir werden überschüttet mit Klagen gegen das Bundesamt. Das liegt an der hohen Zahl an Entscheidungen, aber mitunter auch an der Qualität der Bescheide."

Der jüngste Fall des vor kurzem verhafteten rechtsextremen Bundeswehroffiziers, der sich als Syrer ausgab und trotz fehlender Arabisch-Kenntnisse als Flüchtling anerkannt wurde, zeigt, dass diese neue Praxis nicht nur unmenschlich sondern auch höchst ineffektiv ist.